

Allgemeine Geschäftsbedingungen

Sustainable Thinking GmbH, Landwehrstraße 1a, 64293 Darmstadt

§ 1 Geltungsbereich

1.1 Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) gelten für alle gegenwärtigen und zukünftigen Verträge zwischen der Sustainable Thinking GmbH (nachfolgend „Berater“) und ihren Auftraggebern, nachfolgend „Kunden“ genannt, über die Erbringung von Beratungsleistungen.

1.2 Abweichende, entgegenstehende oder ergänzende Allgemeine Geschäftsbedingungen des Kunden werden, selbst bei Kenntnis, nicht Vertragsbestandteil, es sei denn, ihrer Geltung wird seitens des Beraters ausdrücklich schriftlich zugestimmt.

§ 2 Vertragsgegenstand

2.1. Gegenstand des Vertrages ist die Erbringung von Beratungsleistungen durch den Berater gemäß der jeweiligen individuellen Vereinbarung mit dem Kunden. Dies umfasst insbesondere die Beratung und Unterstützung des Kunden in den Bereichen:

- Entwicklung und Implementierung von Nachhaltigkeitsstrategien
- CSRD-Nachhaltigkeitsberichtserstattung
- ESG-Lieferketten-Compliance

2.2. Der konkrete Umfang der Beratungsleistungen ergibt sich aus der konkreten Auftragsbestätigung.

2.3. Ein bestimmter Erfolg wird vom Berater nicht garantiert, da dieser maßgeblich von Faktoren abhängt, die außerhalb des Einflussbereichs des Beraters liegen.

2.4. Der Berater ist bei Durchführung der vereinbarten Beratungsleistung weisungsfrei und handelt in eigener Verantwortung. Der Berater ist an keinen bestimmten Arbeitsort und keine bestimmte Arbeitszeit gebunden.

§ 3 Vertragsabschluss

3.1. Angebote des Beraters sind freibleibend und unverbindlich.

3.2. Der Vertrag kommt durch die schriftliche Bestätigung des Angebots durch den Berater zustande.

3.3. Mündliche Nebenabreden bestehen nicht.

§ 4 Mitwirkungspflichten des Kunden

4.1. Der Kunde verpflichtet sich, den Berater bei der Erbringung der Dienstleistungen in angemessenem Umfang zu unterstützen. Dies umfasst insbesondere:

- die rechtzeitige und vollständige Bereitstellung aller relevanten Informationen und Unterlagen
- die Benennung eines Ansprechpartners mit entsprechenden Entscheidungsbefugnissen
- die Teilnahme an Besprechungen und Workshops
- die Freistellung von Mitarbeitern für die Zusammenarbeit mit dem Berater

4.2. Kommt der Kunde seinen Mitwirkungspflichten nicht nach, ist der Berater berechtigt, die Erbringung der Beratungsleistungen zu unterbrechen und den hierdurch entstehenden Mehraufwand dem Kunden in Rechnung zu stellen.

§ 5 Leistungserbringung

5.1. Der Berater erbringt die Beratungsleistungen nach den anerkannten Regeln der Berufsausübung und dem aktuellen Stand der Wissenschaft.

5.2. Der Berater ist berechtigt, zur Erbringung der Beratungsleistungen Dritte hinzuzuziehen.

5.3. Termine und Fristen für die Leistungserbringung sind nur verbindlich, wenn sie ausdrücklich schriftlich vereinbart wurden.

5.4. Der Berater ist berechtigt, Teilleistungen zu erbringen und abzurechnen.

§ 6 Vergütung und Zahlungsbedingungen

6.1. Die Vergütung richtet sich nach dem im Angebot verschriftlichten und durch Auftragsbestätigung vereinbarten Zahlungsmodalitäten und Leistungszeiträumen. Alle Preise verstehen sich zuzüglich der jeweils gültigen gesetzlichen Umsatzsteuer. Etwaige Anpassungen, die aufgrund späterer Gesetzesänderungen erforderlich werden, bedürfen einer gesonderten Beauftragung und Vergütung.

6.2. Die Rechnungen des Beraters sind, wenn nicht anders vereinbart, ohne Abzüge innerhalb von 14 Tagen nach Rechnungsdatum zur Zahlung fällig.

6.3. Reisekosten, Spesen und sonstige Auslagen werden gesondert in Rechnung gestellt.

6.4. Bei Zahlungsverzug ist der Berater berechtigt, Verzugszinsen in Höhe von 9 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz zu verlangen. Die Geltendmachung eines weitergehenden Schadens bleibt vorbehalten.

§ 7 Haftung

7.1. Der Berater haftet für Schäden nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit. Für leichte Fahrlässigkeit haftet der Berater nur bei der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten (Kardinalpflichten) und nur bis zur Höhe des Vertragsvolumens.

7.2. Eine Haftung für indirekte Schäden, entgangenen Gewinn oder sonstige Folgeschäden ist ausgeschlossen.

7.3. Der Kunde stellt den Berater von allen Ansprüchen Dritter frei, sofern diese nicht durch vorsätzliches oder grob fahrlässiges Verhalten des Beraters verursacht wurden.

7.4. Die vorstehenden Haftungsbeschränkungen gelten auch zugunsten der Mitarbeiter und Erfüllungsgehilfen des Beraters.

§ 8 Vertraulichkeit und Datenschutz

8.1. Der Berater verpflichtet sich, alle im Rahmen der Zusammenarbeit bekannt gewordenen vertraulichen Informationen des Kunden streng vertraulich zu behandeln.

8.2. Personenbezogene Daten werden ausschließlich zur Erfüllung des Vertrags verarbeitet und gemäß den gesetzlichen Datenschutzbestimmungen geschützt.

8.3. Der Berater ist berechtigt, die Informationen des Kunden an Dritte weiterzugeben, soweit dies zur Erfüllung des Vertrages erforderlich ist.

§ 9 Urheberrechte und Nutzungsrechte

9.1. Die im Rahmen der Beratungsleistung erstellten Arbeitsergebnisse sind urheberrechtlich geschützt. Der Kunde erhält das einfache, nicht übertragbare Nutzungsrecht an diesen Arbeitsergebnissen, soweit dies zur vertragsgemäßen Nutzung erforderlich ist.

9.2. Die Weitergabe der Arbeitsergebnisse an Dritte bedarf der schriftlichen Zustimmung des Beraters.

9.3. Keinesfalls entsteht durch eine unberechtigte Vervielfältigung oder Verbreitung des Werkes eine Haftung des Beraters – insbesondere etwa für die Richtigkeit der Beratungsleistung – gegenüber Dritten.

§ 10 Kündigung und Vertragsbeendigung

10.1. Beide Parteien können den Vertrag aus wichtigem Grund kündigen. Ein solcher Grund liegt insbesondere vor, wenn eine Partei ihren Vertragspflichten trotz schriftlicher Mahnung nicht nachkommt.

10.2. Bei einer vorzeitigen Kündigung durch den Kunden ist der Berater berechtigt, die bis zum Zeitpunkt der Kündigung angefallenen Leistungen sowie alle bis dahin entstandenen Kosten in Rechnung zu stellen. Der Berater hat zudem Anspruch auf eine angemessene Vergütung für bereits begonnene, aber noch nicht abgeschlossene Leistungen.

10.3. Die Kündigung bedarf der Schriftform und ist an die jeweils andere Partei zu richten.

§ 11 Schlussbestimmungen

11.1. Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus dem Vertragsverhältnis ist Darmstadt.

23. Januar 2025

11.2. Sollte eine Bestimmung dieser AGBs unwirksam sein oder werden, bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen unberührt. Die Parteien verpflichten sich, die unwirksame Bestimmung durch eine wirksame Regelung zu ersetzen, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Bestimmung möglichst nahekommt.

11.3. Änderungen und Ergänzungen des Vertrags bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für die Aufhebung dieses Schriftformerfordernisses.